

POLITISCHE ABTEILUNG II  
p.A.45.22.(OLP)-FOC/EJ

Bern, den 17. Juli 1992

VERTRAULICH

AKTENNOTIZ

## Eröffnung eines PLO-Büros in Bern

Vorsprache von Nabil Ramlawi (NR) bei Botschafter Simonin (SI) vom 15.7.1992

(Diese Aktennotiz ergänzt Telex Nr. 21 vom 17.7.1992 nach Tunis zum gleichen Gespräch)

1. Während dieses Gespräches machte NR folgenden **Vermittlungsvorschlag**, von dem er behauptete, er komme aus seiner eigenen "Küche" und sei mit der PLO-Leitung in Tunis nicht abgesprochen.
2. NR führte aus, dass der Entscheid betreffend eine PLO-Vertretung in Bern - auch in seinen Augen - nicht einfach für die Schweiz sei. Er, NR, möchte aber auf jeden Fall eine negative Antwort durch die Schweiz an die PLO-Leitung in Tunis verhindern. Als neuen Vorschlag lanciert er die Idee, dass der **Chef des PLO-Büros in Genf als "offizieller Gesprächspartner" für Bern** bezeichnet wird. Die heute schon bestehenden informellen Kontakte würden dadurch offizialisiert.
3. SI nimmt "Vermittlungsidee" zur Kenntnis; unterstreicht aber auch, dass die Abklärungen (Status einer solchen Vertretung, politische Opportunität, neue Entwicklungen im Mittleren Osten ect.) sich erst in einem frühen Stadium befänden und dass die Schweiz zur Entscheidungsfindung ein pragmatisches Vorgehen wählen werde.

Kopien: - Sekr. BRF  
- Sekr. KE  
- SI, FMD, FOC  
- DY, GT, THE



p.B. 75. 21. /  
p.A. 45.22. (OLP)-FOC/EJ

ABSENDER/EXPEDITEUR: Pol.Abt.II

amtunist ambasuisse tunis

-o-

\*\*\*

((((  
 ur amtunisto  
 .berneda

pour ambasuisse tunis

bern 17.07.1992 11:33 u r g e n t

21-hhhhh

V E R T R A U L I C H

Vorsprache von Nabil Ramlawi (NR) bei Botschafter Simonin (SI)  
 15.7.1992

1. Friedensprozess und Politik Israels nach den Wahlen/
2. Treffen zwischen M. Barawi und Vertretern der Eidgenossenschaft/
3. Eroeffnung eines Bueros der PLO in Bern/
4. Post scriptum: BPD (Antwort auf Euer 27 vom 3.7.92)

1. NR aeussert sich eher pessimistisch ueber den Fortgang des Friedensprozesses nach den Wahlen in Israel. Er erinnert daran, dass Rabin immerhin der Vater der 'iron-fist-Politik' sei und dass die Labour-Partei am Ursprung der israelischen Siedlungspolitik stehe. Shamir sei wenigstens klar gewesen in seinen Aeusserungen, Rabin sei nicht konzilianter in seiner Politik, habe aber im Westen einen besseren Ruf und spreche weniger eindeutig als sein Amtsvorgaenger.

NR gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass fruehestens nach den Praesidentschaftswahlen in den USA Bewegung in den Friedensprozess komme und sich eine allfaellige Oeffnung zeige.

2. 'Sicherheits-treffen' (streng vertraulich)  
 SI teilt seinem Gespraechspartner das Ergebnis unserer Konsultationen mit der Bundesanwaltschaft mit, danach sollte ein allfaelliges Treffen auf gleichem Niveau und unter den gleichen Rahmenbedingungen wie die Gespraechе in den 80er-Jahren in Genf stattfinden. Von schweizerischer Seite wuerde unter Leitung der PA II auch ein oder zwei Vertreter der Bundesanwaltschaft teilnehmen. Eine Partizipation des Bundesanwaltes selbst sei nicht vorgesehen. Inhaltlich koennte - wie beim Treffen in den 80er-Jahren - ueber Sicherheitsfragen auf Schweizer Territorium gesprochen werden, eine eigentliche K o o p e r a t i o n waere allerdings nicht vorstellbar.

Auf die Anfrage von NR, der sich eine eigentliche Zusammenarbeit mit dem A u s t a u s c h von Informationen vorstellte, schlaegt SI ein erstes Treffen im September 1992 in Bern vor. Damit waere dann die Moeglichkeit gegeben, ueber das weitere Vorgehen und den Inhalt zu beraten.

NR nimmt diesen Vorschlag entgegen und sichert zu, ihn nach Tunis weiterzuleiten.

3. PLO-Buero in Bern (streng vertraulich)

Auf die Erkundigung von NR teilt SI mit, dass die schriftliche Mitteilung durch die PLO vom 30.5.1992 bei uns eingetroffen sei und sich zurzeit in Bearbeitung befinde. Verschiedene Fragen (Status des Bueros, politische Opportunitaet etc.) beduerften einer gruendlichen Abklaerung.

4. Post scriptum: Palaestinensische Entwicklungsbank (Euer Kabel Nr. 27 vom 3. Juli 1992 in fine): Zur Festlegung der schweizerischen Position in dieser Frage ist sowohl die Meinung der Politischen Direktion (PA II und Finanz- und Wirtschaftsdienst) wie auch die Haltung des BAWI zu beruecksichtigen. Die Haltung des letzteren ist Ihnen bekannt (Schreiben vom 14.2.1992) und hat sich nicht veraendert. Zur Festlegung der Position der Politischen Direktion/EDA hat der Finanz- und Wirtschaftsdienst eine Umfrage bei anderen Staaten, mitbetroffenen Bundesaeamtern sowie der schweizerischen Bankenkommission lanciert, zurzeit sind noch nicht alle Antworten eingetroffen.

Da es sich bei der Bankenkommission um die hoechste Autoritaet in Bankenfragen handelt, muessen wir auf jeden Fall deren Stellungnahme abwarten, bis wir den Palaestinensern unsere definitive Haltung mitteilen koennen. Simonin  
))))

\*\*\*

**ORIGINAL** anf

Kopie an:



affetra

Kopien: BRF  
KE  
SI, FMD, FOC  
DY, THE  
LA, GT  
EJPD, Bundesanwaltschaft  
EVD, BAWI

4622 ZEICHEN/CARACTERES

re